



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Rat Postfach 2254 26702 Emden

An den  
Oberbürgermeister  
Herrn Alwin Brinkmann

**Fraktion im Emdener Rat**

**Bernd Renken**  
**Fraktionssprecher**  
Am Delft 19  
26721 Emden  
Tel. (04921) 359503  
Fax (04921) 359503  
Email: bernd.renken@ewetel.net  
Internet: www.gruene-emden.de

31.01.2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 21. Februar 2008 aufzunehmen:

### **Sozialtarif für den Energiebezug**

#### **Beschluss:**

Laut Bund der Energieverbraucher werden in Deutschland jährlich 840.000 Strom- und Gas-sperren verhängt. Die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG) verfügt dazu, dass die Mitgliedstaaten „erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können ... spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeinere Maßnahmen innerhalb des Sozialsicherungssystems beinhalten.“ (Ebd., Abs. 24).

Der Rat der Stadt Emden beauftragt daher die Verwaltung

- dem Rat einen Bericht über die Situation in Emden vorzulegen. Darin soll auch dargelegt werden, wie diese EU-Richtlinie in Deutschland bzw. in Emden umgesetzt wird oder welche anderen Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um Zähler-sperrungen bzw. Überschuldung von Menschen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden.
- mit der Stadtwerke Emden GmbH und der Energieversorgung Weser-Ems zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif in Emden machbar ist. Dabei soll der Anreiz zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden.
- auf Bundesebene, z.B. über den deutschen Städtetag, initiativ zu werden, um bundesweit einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtarif zu etablieren, damit kommunale Energieversorger mit Sozialtarif-Angebot nicht in der Konkurrenz gegenüber anderen Wettbewerbern benachteiligt sind.

...

- Die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Stadtwerke werden gebeten, im Sinne dieses Antrages aktiv zu werden

**Begründung:**

Auf Grund gestiegener Bezugskosten haben zahlreiche Energieversorger, darunter auch die SWE und die EWE, ihre Strompreise erhöht. Die Belastungen für Privathaushalte mit niedrigem Einkommen sind überproportional. Ein Durchschnittshaushalt mit einem Verbrauch von 3500 kWh muss im Grundversorgungstarif 766 Euro bezahlen, das sind 84 Euro mehr als in 2007 oder über 7 Euro im Monat. Hingegen wird sich der Regelsatz für Hartz IV-Empfänger von 347 Euro in 2008 nicht verändern.

Durch den Sozialtarif könnten SWE und EWE möglicherweise ihr soziales Profil weiter schärfen und sich positiv gegenüber den Wettbewerbern profilieren. Das ist besonders vor dem Hintergrund wichtig, dass beispielsweise E.ON einen befristeten „Sozialrabatt“ - allerdings nur für ein Jahr und höchstens 5.000 Kunden - eingeführt hat. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat die Energieversorger aufgefordert, Sozialtarife für Haushalte mit niedrigem Einkommen einzuführen.

Der Kreistag Leer hat im Dezember 2007 einen Beschluss über die Einführung eines Sozialrabattes als Anteilseigner der EWE gefasst. Die Stadt Emden in ihrer sozialen Verantwortung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern und als Eigentümer der SWE sollte daher als ebenfalls darauf drängen, dass ein Sozialtarif zur Entlastung der finanziell schwächeren Kunden zeitnah auf den Weg gebracht wird.

Um den sinnvollen Umgang mit Energie mit der Einführung eines Sozialtarifes nicht zu hintertreiben, genügt es aus Sicht der Antragsteller nicht, beispielsweise nur eine Absenkung des Grundpreisananteils vorzusehen. Hier wäre vielmehr in Anlehnung an das belgische Modell zu prüfen, inwieweit es sachgerecht sein kann, nur die ersten 500 kWh für sozial Bedürftige kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Problematisch bei allen Arten von Sozialtarif-Modellen ist, dass sie kaum mit einem freien Wettbewerb vereinbar sind. Ein Ausweg dürfte nur in einem bundesweit gesetzlich geregelten sozialen Pflichttarif liegen, damit sich nicht einzelne Energieversorger aus der Verantwortung stehlen können.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Renken

Fraktionssprecher